

11.03.2020

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Menschenunwürdige Situation an der türkisch-griechischen Grenze und in den griechischen Flüchtlingslagern spitzt sich zu – Landesregierung muss jetzt handeln“(Drucksache 17/8763)

Humanität und Ordnung: Effektiver Schutz der EU-Außengrenzen – Verbesserung der Situation auf den griechischen Inseln – Hilfe für Kinder und ihre unmittelbaren Angehörigen

I. Ausgangslage

Die angespannte Situation an der griechisch-türkischen Grenze und die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln, beispielsweise auf Lesbos, bietet Anlass zur Sorge.

Verantwortlich für die Lage an der griechisch-türkischen Grenze ist die Entscheidung des türkischen Staatspräsidenten Erdogan, die Verpflichtungen aus dem EU-Türkei-Abkommens nicht mehr vollständig zu erfüllen. Mit dem vermeintlichen Versprechen einer Grenzöffnung instrumentalisiert er die Flüchtlinge aus Syrien als Druckmittel. Dies ist nicht akzeptabel.

Die Lösung kann nur in einem Dreiklang aus diplomatischen Initiativen mit den Zielen einer Deeskalation der Lage an der Grenze sowie einer Weiterentwicklung des Abkommens zwischen der EU und der Türkei, Unterstützung von Griechenland zum Schutz der EU-Außengrenze sowie Hilfe für die bedürftigen Flüchtlingen bestehen, die bereits von Griechenland aufgenommen worden sind.

Wir erkennen die Belastungen der Türkei durch die Versorgung der syrischen Flüchtlinge an. Sie muss jedoch ihre Anstrengungen intensivieren, um illegale Grenzübertritte zu verhindern und die Rückführung von Personen zu ermöglichen, die entweder auf dem Seeweg nach Griechenland gekommen sind oder die Landgrenze zur EU überschritten haben.

Ein Alleingang der Bundesrepublik Deutschland in Form eines Sofortprogramms zur Aufnahme würde falsche Hoffnungen bei den Flüchtlingen wecken. Es handelt sich vielmehr

Datum des Originals: 11.03.2020/Ausgegeben: 11.03.2020

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

um ein gesamteuropäisches Problem, das nur in Abstimmung auf Ebene der EU gelöst werden kann. Der effektive Schutz der EU-Außengrenzen ist Voraussetzung, um eine unkontrollierte Migration zu verhindern.

Gleichwohl besteht Handlungsbedarf in Hinblick auf die Situation in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln. Griechenland braucht hier unsere Unterstützung. Insbesondere schutzbedürftig sind schwerkranke Kinder und ihre unmittelbaren Angehörigen sowie unbegleitete Minderjährige unter 14 Jahren. Für diese Personengruppen sollte gemeinsam mit anderen europäischen Ländern ein zügiges und geregeltes Aufnahmeverfahren von den griechischen Inseln in mehrere EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Sie würden dann im jeweiligen Aufnahmeland ein ergebnisoffenes Asylverfahren durchlaufen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Es darf keine ungesteuerte Migration nach Europa geben.
- Die europäischen Außengrenzen müssen weiterhin geschützt werden.
- Ein nicht auf europäischer Ebene abgestimmtes Aufnahmeverfahren weckt falsche Hoffnungen bei den Flüchtlingen in der Türkei.
- Aufgrund der Unterbringungsbedingungen auf einigen griechischen Inseln ist eine humanitäre Notlage entstanden. Zu verbessern sind die hygienische Verhältnisse, die medizinische Versorgung und die Verfahren bei der Prüfung der Asylanträge.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen,

- den effektiven Schutz der EU-Außengrenzen zu gewährleisten, indem Griechenland bei der Grenzsicherung durch zusätzliche Kontingente von Frontex bzw. dem Einsatz deutscher Grenzsicherer unterstützt wird. Die nordrhein-westfälische Polizei kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.
- Gespräche mit der Türkei über eine Deeskalation der Lage an der Grenze sowie Verhandlungen über eine Weiterentwicklung des EU-Türkei-Abkommens fortzusetzen.
- die humanitäre Situation in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln, z. B. durch den Einsatz des Technischen Hilfswerks oder von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), zu verbessern.
- die griechischen Behörden bei der Prüfung der Asylanträge durch die Entsendung von Entscheidern des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu unterstützen sowie
- besonders schutzbedürftige schwerkranke Kinder und ihre unmittelbaren Angehörigen sowie unbegleitete Minderjährige unter 14 Jahren in Abstimmung mit anderen europäischen Ländern in einem zügigen und geregelten Verfahren in EU-Mitgliedstaaten zu bringen, um dort einen Antrag auf Schutz zu stellen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Gregor Golland
Heike Wermer

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Stefan Lenzen
Andreas Terhaag

und Fraktion